



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ**

BMJ-B20.614/0003-I 2/2007

An das  
Präsidium des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Museumstraße 7  
1070 Wien

Briefanschrift  
1016 Wien, Postfach 63

e-mail  
kzl.b@bmj.gv.at

Telefon                      Telefax  
(01) 52152-0\*              (01) 52152 2829

Sachbearbeiter(in): Mag. Michael Aufner  
\*Durchwahl:              2130

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Tierschutzgesetz  
geändert wird.  
Begutachtungsverfahren.  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, seine Stellungnahme zu dem aus dem  
Gegenstand ersichtlichen Gesetzesentwurf zu übermitteln.

12. Oktober 2007  
Für die Bundesministerin:  
Dr. Georg Kathrein

Elektronisch gefertigt



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
**BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ**

BMJ-B20.614/0003-I 2/2007

An das  
Bundesministerium für Gesundheit, Familie  
und Jugend  
Franz-Josefs-Kai 51  
1010 Wien

Museumstraße 7  
1070 Wien

Briefanschrift  
1016 Wien, Postfach 63

e-mail  
kzl.b@bmj.gv.at

Telefon  
(01) 52152-0\*

Telefax  
(01) 52152 2829

Sachbearbeiter(in): Mag. Michael Aufner  
\*Durchwahl: 2130

**Betrifft:** Entwurf eines BG, mit dem das Tierschutzgesetz geändert wird.  
Begutachtungsverfahren.  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz.

**Zu Gz 74800/0111-IV/B/5/2007**

Mit Beziehung auf das E-Mail vom 20. September 2007 beehrt sich das Bundesministerium für Justiz, zu dem aus dem Gegenstand ersichtlichen Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

**Zu Z 6 (§ 7 Abs. 5 TSchG) des Entwurfs:**

Nach dem vorgeschlagenen § 7 Abs. 5 soll das ständige Halten von Hunden, die nach dem 1. März 2008 geboren und an deren Körperteilen verbotene Eingriffe vorgenommen wurden, generell verboten sein. Hier stellt sich die Frage, ob das damit angeordnete generelle Verbot des ständigen Haltens von kupierten Hunden ohne jegliche Ausnahme nicht überschießend ist, zumal damit etwa auch die Pflege und Betreuung solcher Tiere durch Tierschutzeinrichtungen oder sonst geeignete Personen oder Stellen untersagt wird.

**Zu Z 7 (§ 8a TSchG) des Entwurfs:**

Das nach Z 7 des Entwurfs vorgesehene Verkaufsverbot von Hunden und Katzen könnte unter Umständen zu weit gehen, wird mit der vorgeschlagenen Regelung doch nicht nur der in den Erläuterungen angesprochene Verkauf „aus dem Kofferraum“ untersagt, sondern auch der Verkauf von Örtlichkeiten, die auf solche

Transaktionen eingestellt sind und Belange des Tierschutzes berücksichtigen. Ein denkbarer Fall wäre hier etwa der Verkauf auf eigenen Messen oder Märkten.

Zu Z 11 (§ 31 Abs. 5 TSchG) des Entwurfs:

Zum vorgeschlagenen § 31 Abs. 5 darf angemerkt werden, dass die Vorschläge zum Verkauf von Hunden und Katzen in Zoofachgeschäften nicht zuletzt aufgrund der dafür vorgesehenen Voraussetzungen die in den Erläuterungen dargestellten Praktiken (Verkauf in als Privatzimmern deklarierten Nebenräumen oder in Privatwohnungen, Vermittlung dubioser Züchter oder Händler) wohl kaum eindämmen können.

Diese Stellungnahme wird im Weg elektronischer Post auch dem Präsidium des Nationalrats zugeleitet.

12. Oktober 2007  
Für die Bundesministerin:  
Dr. Georg Kathrein

Elektronisch gefertigt